

# SOMMERSESSION 2023: EMPFEHLUNGEN NATIONALRAT

An der Sommersession berät der Nationalrat verschiedene Geschäfte, die für die Förderung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen von Bedeutung sind. Gerne bringen wir nachfolgend zu ausgewählten Geschäften die Haltungen und Empfehlungen der Stiftung Pro Juventute zur Kenntnis.

## **Parlamentarische Initiative Sibel Arslan (19.451): «Den jungen Menschen eine Stimme geben. Aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige als erster Schritt ins aktive politische Leben»**

Traktandiert am 7. Juni



- Die Parlamentarische Initiative verlangt, dass allen Schweizerinnen und Schweizern das aktive Wahl- und Stimmrecht erteilt wird, die das 16. Altersjahr zurückgelegt haben und nicht entmündigt sind.
- Pro Juventute empfiehlt, der Kommissionsmehrheit nicht zu folgen und die Pa. Iv. nicht abzuschreiben.

Begründung: Als grösste Organisation für Kinder und Jugendliche in der Schweiz setzt sich Pro Juventute dafür ein, dass Kinder und Jugendliche gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben und ihre Lebenswelt selbst mitgestalten können. Voraussetzung dafür ist, dass wir sie in politischen und gesellschaftlichen Fragen nicht nur anhören, sondern sie integrieren und mit den entsprechenden Rechten zur Mitbestimmung ausstatten. Aus diesem Grund unterstützt Pro Juventute gemeinsam mit einer breiten Allianz das Stimmrechtsalter 16. Wir erleben es tagtäglich in unserer Arbeit: Die 16- und 17jährigen sind motiviert und bereit, Verantwortung zu übernehmen. Das Stimmrechtsalter 16 ist ein einfaches Instrument gegen das zunehmende politische Ungleichgewicht zwischen den Generationen. Nicht zuletzt ist die Trennung zwischen dem Stimmrechts- und Mündigkeitsalter keine Neuheit – auch in der Schweizer Geschichte. Wir appellieren deshalb an Sie, geschätzte Mitglieder des Nationalrates, ihre Entscheide vom September 2020 und vom März 2022 zu bestätigen und mit Ihrer Stimme dieses wichtige Demokratie-Update zu ermöglichen.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Senkung des Stimmrechtsalters mit einer Offensive in der politischen Bildung einhergeht. Das Postulat «Politische Bildung. Auswertung der Ergebnisse und Erarbeitung einer Bundesstrategie» (22.3109) von Valentine Python, welches am 13. Juni im Nationalrat traktandiert ist, fordert den Bundesrat dazu auf, einen detaillierten und mit Beispielen versehenen Bericht über mögliche Massnahmen zur Förderung der politischen Bildung in der Schweiz vorzulegen. Wir ersuchen Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Für Ihre Aufmerksamkeit und die Unterstützung unserer Anliegen zugunsten von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz danken wir Ihnen bestens. Für Fragen und Gespräche stehen wir Ihnen gerne persönlich zur Verfügung (Lulzana Musliu, +41 44 256 77 40 oder [lulzana.musliu@projuventute.ch](mailto:lulzana.musliu@projuventute.ch)).

